

Ressort: Politik

Studie: Rentenpläne und Mindestlohn verleiten zu Schwarzarbeit

Berlin, 04.02.2014, 19:20 Uhr

GDN - Laut einer Studie der Universität Linz und des Tübinger Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) verleiten die Rentenpläne der Großen Koalition und der angedachte Mindestlohn in Höhe von 8,50 Euro pro Stunde zu Schwarzarbeit. "Dem Staatshaushalt und den Sozialsystemen werden durch die Vorhaben rund eine Milliarde Euro verlorengelassen", sagte Friedrich Schneider, renommierter Forscher für Schattenwirtschaft, im Gespräch mit der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung".

Gleich an mehreren Vorhaben der Großen Koalition lassen die Autoren der Studie kein gutes Haar: Der geplante bundesweite Mindestlohn von 8,50 Euro in allen Branchen führe dazu, dass abseits der regulären Beschäftigung 1,2 Milliarden Euro mehr als bisher umgesetzt werden. "In den ostdeutschen Ländern werden die Ausweichreaktionen besonders groß sein", prognostiziert der Linzer Ökonom Schneider. Die Beschlüsse, die Rentenbeiträge zugunsten der Rente mit 63 und der Mütterrente nicht abzusenken sowie den Beitragssatz für die Pflegeversicherung anzuheben, lasse die Schattenwirtschaft künftig um 1,8 Milliarden Euro wachsen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-29553/studie-rentenplaene-und-mindestlohn-verleiten-zu-schwarzarbeit.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD

483 Green Lanes

UK, London N13NV 4BS

contact (at) unitedpressagency.com

Official Federal Reg. No. 7442619